

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss

Sitzung am Mittwoch, 16.01.2013

- Ergänzung der Unterlagen -

Öffentliche Tagesordnung

Inhaltsverzeichnis
siehe letzte Seite(n)

- | | | |
|-------|--|-----------------------------|
| 9. | Veränderung der Ausschussbesetzung durch
a) Austritt von Herrn Stadtrat Jarosch aus der CSU-Fraktion
b) Bildung einer Ausschussgemeinschaft aus ödp und FWG
c) Bildung einer Ausschussgemeinschaft durch Frau Stadträtin Grille und Herrn Stadtrat Jarosch
Neue Beschlussvorlage (am 14.01.2013 Verteilung in den Fraktionen) und Dringlichkeitsantrag Nr. 003/2013 der Grünen Liste-Fraktion „Änderung der Ausschussgrößen“ vom 15.01.2013 | 13-2/261/2013
Gutachten |
| 11. | Verlegung Obdachlosentreff Heuwaagstraße - Dringlichkeitsanträge der FDP-Fraktion Nr. 139/2012 und der SPD-Fraktion Nr. 142/2012
Protokollvermerk aus der Sitzung SGA / Sozialbeirat vom 15.01.2013 | 241/061/2012
Beschluss |
| 18.3. | Anträge zum Ergebnishaushalt seit dem 10.12.2012
Nachmeldeliste zum Abstimmungsskript HH-Entwurf 2013 | II/200/2013
Beschluss |
| 20. | Umsetzung Inklusion Antrag zum Haushalt 2013 zum SPD-Fraktionsantrag Nr. 180/2012 vom 27.11.2012
Tischauflage | V/017/2013
Kenntnisnahme |

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/13-2/SS001

Verantwortliche/r:
Bürgermeister- und Presseamt

Vorlagennummer:
13-2/261/2013

Veränderung der Ausschussbesetzung durch

a) Austritt von Herrn Stadtrat Jarosch aus der CSU-Fraktion

b) Bildung einer Ausschussgemeinschaft aus ödp und FWG

c) Bildung einer Ausschussgemeinschaft durch Frau Stadträtin Grille, Herrn Stadtrat Jarosch und Herrn Stadtrat Heinze

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	16.01.2013	Ö	Gutachten	
Stadtrat	07.02.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

III, 30, 20

I. Antrag

1. Der Austritt von Herr Stadtrat Jarosch aus der CSU-Fraktion wird zur Kenntnis genommen.
2. Die mit Schreiben der ödp und FWG vom 3. Januar 2013 angezeigte Ausschussgemeinschaft wird anerkannt.
3. Die mit Schreiben vom 10. Januar 2013 angezeigte Ausschussgemeinschaft von Frau Stadträtin Grille, Herrn Stadtrat Jarosch und Herrn Stadtrat Heinze wird anerkannt.
4. Die Verteilung der Sitze in den Stadtratsausschüssen wird wie in der Begründung dargestellt beschlossen.
5. Die Zuschüsse für Stadratsmitglieder, Fraktionen und Ausschussgemeinschaften gemäß § 3 der Gemeindefassung der Stadt Erlangen werden zum 1. Januar 2012 angepasst.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

In einem Fax vom 31. Dezember 2012 teilte Herr Stadtrat Jarosch mit, dass er mit sofortiger Wirkung aus der CSU-Stadtratsfraktion austritt. Wie die CSU-Fraktion in einer Pressemitteilung am 2. Januar 2013 per Mail informierte, hat Herr Stadtrat Jarosch zeitgleich seinen Parteaustritt erklärt. Es kommt daher zu einer Veränderung des Stärkeverhältnisses der im Gemeinderat vertretenen Parteien und Wählergruppen.

Frau Stadträtin Wirth-Hücking, Frau Stadträtin Helm und Herr Stadtrat Höppel teilten per Mail am 3. Januar 2013 mit, dass FWG und ödp eine Ausschussgemeinschaft bilden wollen. Dies wurde mit Schreiben vom 9. Januar 2013 rechtswirksam bestätigt.

Frau Stadträtin Grille und Herr Stadtrat Jarosch teilten per Mail am 4. Januar 2013 mit, dass sie ebenfalls eine Ausschussgemeinschaft bilden. Eine schriftliche Bestätigung ging nicht ein. Stattdessen teilten Frau Stadträtin Grille, Herr Stadtrat Jarosch und Herr Stadtrat Heinze durch Schreiben vom 10. Januar 2013 mit, dass sie eine Ausschussgemeinschaft bilden werden.

Aufgrund Art. 33 Abs. 1 der Bayerischen Gemeindeordnung (GO) regelt der Stadtrat die Zusammensetzung der Ausschüsse in seiner Geschäftsordnung. Hierbei hat der Stadtrat dem Stärkeverhältnis der in ihm vertretenen Parteien und Wählergruppen Rechnung zu tragen. Etwaige Änderungen des Stärkeverhältnisses aufgrund von Fraktionsaustritten und Neubildung von Ausschussgemeinschaften sind auszugleichen.

Durch die Anerkennung der beiden Ausschussgemeinschaften ist eine Neuberechnung der Ausschuss-Sitze erforderlich.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Anerkennung der Ausschussgemeinschaften:

Die Bildung neuer Ausschussgemeinschaften ist auch nach der Kommunalwahl 2008 noch möglich, wenn eine Veränderung der Stärkeverhältnisse der im Stadtrat vertretenen Parteien und Wählergruppen eintritt. Dies liegt durch den Fraktions- und Parteiaustritt von Herrn Stadtrat Joachim Jarosch vor.

Die beiden Ausschussgemeinschaften werden daher anerkannt. Die Ausschussgemeinschaften aus Vertretern der ödp und FWG sowie von Frau Stadträtin Grille, Herrn Stadtrat Jarosch und Herrn Stadtrat Heinze haben jeweils 3 Mitglieder.

Nach § 7 Abs. 3 Satz 2 der Geschäftsordnung für den Erlanger Stadtrat (GeschO) werden Ausschussgemeinschaften, die mindestens drei Stadratsmitglieder umfassen, weitgehend wie Fraktionen behandelt.

Verteilung der Sitze in den Stadtratsausschüssen:

Nach dem Austritt von Herrn Stadtrat Jarosch aus der CSU-Fraktion und der Neubildung der genannten Ausschussgemeinschaften verteilen sich die Sitze im Erlanger Stadtrat wie folgt:

	CSU	SPD	Grüne Liste	FDP	Ödp/ FWG	Frau Grille/ Herr Jarosch/ Herr Heinze	erli
Sitze ab 01.01.13	19	13	6	4	3	3	2

Die Verteilung der Sitze in den Stadtratsausschüssen erfolgt gemäß § 9 Abs. 2 der GeschO und neuerer Rechtssprechung nach dem Verfahren Hare/Niemeyer.

Verfahren nach Hare/Niemeyer:

Teilungszahl = $\frac{\text{„Fraktionsstärke“} \times \text{Sollstärke Ausschuss}}{50 \text{ (Sollstärke Stadtrat)}}$

Jede Fraktion/Ausschussgemeinschaft/Wählergruppe erhält zunächst so viele Sitze, wie sich ganze Zahlen aus der Berechnung ergeben (Zahl, die vor dem Komma steht). Die restlichen Ausschusssitze werden dann in der Reihenfolge der höchsten Zahlenbruchteile vergeben (Zahlen, die hinter dem Komma stehen).

Es kommt daher zu folgender Verteilung der Sitze:

	Sitze	CSU	SPD	Grüne Liste	FDP	ödp/ FWG	Grille/ Jarosch/ Heinze	erli
Rechnungsprüfungsaus- schuss (unverändert)	7	3	2	1	1			
Bauausschuss und Werkaus- schuss für den Entwässe- rungsbetrieb der Stadt Erlan- gen	11 + Vors.	4	3	1	1	1	1	
Ältestenrat Haupt-, Finanz- und Personal- ausschuss Schulausschuss Kultur- und Freizeitausschuss Umwelt-, Verkehrs- und Pla- nungsausschuss und Werk- ausschuss Eigenbetrieb Stadtgrün, Abfallwirtschaft und Straßenreinigung (EB 77) Sportausschuss Sozial- und Gesundheitsaus- schuss	12 + Vors.	5	3	1	1	1	1	

Die Verteilung der Sitze im Jugendhilfeausschuss und in sonstigen Gremien (Aufsichtsgremien, Zweckverbände) bleibt unverändert.

Zuschüsse für Fraktionen/Ausschussgemeinschaften/Einzelstadträte nach § 3 der
Gemeindefassung:

Der Zuschuss für die CSU-Fraktion sinkt aufgrund des Austrittes von Herrn Stadtrat Jarosch. Nach § 3 Abs. 2 Satz 2 der Gemeindefassung werden Ausschussgemeinschaften, die mindestens drei Mitglieder umfassen, wie Fraktionen behandelt. Die Mitglieder der neugebildeten Ausschussmitglieder (mit Ausnahme von Herrn Jarosch) erhalten bereits bisher Geschäftsführungszuschüsse für Einzelstadtratsmitglieder in Höhe von 130 Euro pro Monat. Dieser Zuschuss steigt aufgrund der Tarifierhöhung ab 1. August 2013 auf 131 Euro pro Monat. Die Ausschussgemeinschaften erhalten ab 1. Januar 2013 monatlich 894 Euro (ab 1. August 2013 906 Euro).

Insgesamt entsteht ein Mehrbedarf an Zuschussmitteln in Höhe von etwa 11.000 Euro im Jahr 2013. Die Mittel sind nicht im Haushalt veranschlagt. Hinzu kommt noch die Entschädigung für die Vorsitzende/den Vorsitzenden der neuen Ausschussgemeinschaften von monatlich 451,72 Euro. Der Mehrbedarf in Höhe von ca. 5.400 Euro ist nicht im Budget von Amt 11 vorgesehen.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	11.000 €	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

werden nicht benötigt
sind vorhanden
sind nicht vorhanden

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 15.01.2013
 Antragsnr.: 003/2013
 Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
 Zust. Referat: OBM/13
 mit Referat: III/30



Stadtratsfraktion

Grüne Liste Rathausplatz 1 91052 Erlangen

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
 Zimmer 130

tel 09131/862781 fax 09131/861681

e-mail: gruene-liste@erlangen.de

<http://www.gl-erlangen.de>

Herrn

Bürozeiten:

Oberbürgermeister

Mo 10-12, 14-18 Di, Mi 10-12 Do 10-14

Dr. Siegfried Balleis

Erlangen, den 15.1.2013

Rathausplatz 1

91052 Erlangen

Dringlichkeitsantrag zum HFGA am 16.1.:

Änderung der Ausschussgrößen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

durch einen Austritt aus der CSU-Fraktion haben sich die Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat verschoben. Obwohl CSU und FDP nun dort keine Mehrheit mehr haben, verfügen sie in den Ausschüssen noch über die meisten Sitze. Die Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat sind also in den Ausschüssen nicht mehr richtig abgebildet, das Gebot der Spiegelbildlichkeit wird verletzt. Jeder Ausschuss müsse aber "soweit als möglich" ein verkleinertes Abbild des Plenums sein, so der Bayerische Verwaltungsgerichtshof bereits in seinen ersten Entscheidungen zu Art. 33 Abs. 1 Satz 2 GO (BayVGH vom 26.11.1954, VGH n.F. 8, 5 <8> und vom 15.7.1955, VGH n.F. 8, 97 <100 f.>). Diese Entscheidungen bezogen sich zwar nur auf die Frage der Zulässigkeit des jeweils gewählten Berechnungsverfahrens ("d'Hondt" oder "Hare-Niemeyer"), wir sehen hier aber auch eine Richtschnur bei der Wahl zwischen verschiedenen Ausschussgrößen.

Wir beantragen daher:

Die Ausschussgrößen der 12er-Ausschüsse werden so geändert, dass das Gebot der Spiegelbildlichkeit wieder gewahrt wird. Dies könnte z.B. durch eine Verkleinerung der 12er-Ausschüsse auf 11 Sitze umgesetzt werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Harald Bußmann

F.d.R.: Wolfgang Most

OBM/13

Sitzverteilung im Stadtrat

	CSU	SPD	Grüne Liste	FDP	erli	ödp	F.W.G.	Frau Grille	Herr Heinze	Herr Jarosch
Sitze ab 01.08.12:	20	13	6	4	2	2	1	1	1	-

	CSU	SPD	Grüne Liste	FDP	Ödp/ FWG	Grille/ Heinze/ Jarosch	erli
Sitze ab 01.01.13	19	13	6	4	3	3	2

Berechnungsbeispiele für Sitzverteilung in Ausschüssen

Teilungszahlen ab dem 01.01.2013:

Teiler	Teilungszahlen nach d'Hondt							Teilungszahlen nach Hare/Niemeyer							
	CSU	SPD	G.L.	FDP	Ödp/ FWG	Grille Heinze Jarosch	erli	Auss. stärke	CSU	SPD	G.L.	FDP	Ödp/ FWG	Grille Heinze Jarosch	erli
1	¹ 19	² 13	⁶ 6	⁹ 4	^{13/14/15} 3	^{13/14/15} 3	2	4	1,52	1,04	0,48	0,32	0,24	0,24	0,16
2	³ 9,5	⁴ 6,5	^{13/14/15} 3	2	1,5	1,5	1	5	1,9	1,3	0,6	0,4	0,3	0,3	0,2
3	⁵ 6,33	⁸ 4,33	2	1,33	1	1	0,7	6	2,28	1,56	0,72	0,48	0,36	0,36	0,24
4	⁷ 4,75	¹¹ 3,25	1,5	1	0,75	0,75	0,5	7	2,66	1,82	0,84	0,56	0,42	0,42	0,28
5	¹⁰ 3,80	2,6	1,2	0,8	0,6	0,6	0,4	8	3,04	2,08	0,96	0,64	0,48	0,48	0,32
6	¹² 3,17	2,17	1	0,66	0,5	0,5	0,33	9	3,42	2,34	1,08	0,72	0,54	0,54	0,36
7	2,71	1,86	0,86	0,57	0,42	0,42	0,29	10	3,8	2,6	1,2	0,8	0,6	0,6	0,4
8	2,38	1,62	0,75	0,5	0,38	0,38	0,25	11	4,18	2,86	1,32	0,88	0,66	0,66	0,44
9	2,11							12	4,56	3,12	1,44	0,96	0,72	0,72	0,48
10	1,9							13	4,94	3,38	1,56	1,04	0,78	0,78	0,52

OBM/13

Sitzverteilung ab 01.01.2013 (mit Ausschussgemeinschaften):

Sitzverteilung nach d'Hondt								Sitzverteilung nach Hare/Niemeyer							
Sitze	CSU	SPD	G.L.	FDP	Ödp/ FWG	Grille Heinze Jarosch	erli	Sitze	CSU	SPD	G.L.	FDP	Ödp/ FWG	Grille Heinze Jarosch	erli
4	2	2						4	2	1	1				
5	3	2						5	2	1	1	1			
6	3	2	1					6	2	2	1	1			
7	4	2	1					7	3	2	1	1			
8	4	3	1					8	3	2	1	1	1**	1**	
9	4	3	1	1				9	3	2	1	1	1	1	
10	5	3	1	1				10	4	2+1 [†]	1	1	1 [†]	1 [†]	
11	5	4	1	1				11	4	3	1	1	1	1	
12	6	4	1	1				12	5	3	1	1	1	1	
13	6	4	1+1*	1	1*	1*		13	5	3	2	1	1	1	

*: Entscheid um einen Sitz zwischen Grüner
Liste, ödp/FWG und Grille/Heinze/Jarosch

** : Entscheid zwischen ödp/FWG und
Grille/Heinze/Jarosch

†: Entscheid um einen Sitz zwischen SPD,
ödp/FWG und Grille/Heinze/Jarosch

V/50/SJ021-T. 2444

Erlangen, 15.01.2013

50/099/2013

SGA-Beschlussfassung über die Änderungsanträge zum Haushalt 2013

I. Protokollvermerk aus der 1. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses mit Sozialbeirat - Haushalt Tagesordnungspunkt 5 - öffentlich -

Zu Vorlage Nr. 241/061/2012

Verlegung Obdachlosentreff Heuwaagstraße – Dringlichkeitsanträge der FDP-Fraktion Nr. 139/2012 und der SPD-Fraktion Nr. 142/2012

In Sozialbeirat und Sozial- und Gesundheitsausschuss wurde einstimmig die Zustimmung zur oben genannten Vorlage erklärt, die darauf abzielt mit den Verkaufsbemühungen für das Fischhäusla vorzufahren.

Zusätzlich wurde von Sozialbeirat und Sozial- und Gesundheitsausschuss ebenfalls einstimmig folgender Zusatzbeschluss gefasst, der sich mit dem SPD-Fraktionsantrag 167/2012 befasst (Umbaukosten von 100.000 € für den geplanten neuen Standort des Obdachlosentreffs in der bisherigen Umweltwerkstatt):

1. Sozialbeirat und Sozial- und Gesundheitsausschuss sind einstimmig der Auffassung, dass diese Umbaukosten vollständig aus den Bauunterhaltungsmitteln des Amtes 24 finanziert werden müssen (unabhängig davon ob entsprechend dem SPD-Fraktionsantrag zusätzliche Haushaltsmittel für den Bauunterhalt bereitgestellt werden oder nicht).
2. Sozialbeirat und Sozial- und Gesundheitsausschuss sind einstimmig der Auffassung, dass mit dem Umbau so schnell wie möglich begonnen werden muss (unabhängig von Haushaltsbeschluss und Haushaltsgenehmigung)
3. Die Entscheidung über den SPD-Fraktionsantrag Nr. 167/2012 ist im HFPA zu treffen.

Zur Vorlage Nr. 30-S/005/2012

Befragung der ALG II- und Grundsicherungsempfänger – Haushaltsantrag der „Erlanger Linke“ Nr. 211/2012 vom 26.11.2012

Verwaltung, Sozialbeirat und Sozial- und Gesundheitsausschuss sind mit dem Vorhaben einverstanden unter der Voraussetzung, dass die benötigten Mittel nicht vom Sozialamt bereitgestellt werden müssen

Es wird deshalb einstimmig begutachtet, die Entscheidung über den Fraktionsantrag der „Erlanger Linke“ in die HFPA-Abgleichsitzung am 30.01.2013 zu verweisen.

Zur Vorlage Nr. 242/272/2012

**Antrag zum Haushalt 2013 - Mikrofonanlage Kleiner Sitzungssaal – Antrag Grüne Liste,
Antrag Seniorenbeirat und Anfrage der SPD**

Im Anschluss an die Haushaltsberatungen vor einem Jahr wird von Sozialbeirat und SGA der einstimmige Beschluss gefasst, die benötigten 37.000 € für die Installierung einer Mikrofonanlage im kleinen Sitzungssaal im Haushalt 2013 bereitzustellen.

II. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift.

Vorsitzende/r:

gez.

.....

Bürgermeisterin

Dr. Preuß

Schriftführer/in:

gez.

.....

Drummer

Nachmeldeliste zum Abstimmungsskript Haushaltsentwurf 2013

--- nicht investiv ---

Amt lfd. Nr.	Produkt / Sachkonto (soweit bekannt)	Nr. des Änderungsantrags (wird von Amt 13 vergeben)		Ertrag Mehrerträge (+) Mindererträge (-)	Aufwand Einsparung (+) Mehraufwand (-)	Haushaltsverbesserung (+) oder Haushaltsverschlechterung (-)	Abstimmung Fachausschuß
31.3.	1117 5611	2. Nachmeldung zum Abstimmungsskript vom 10.12.2012	Verwaltung: Kosten für Untersuchung auf Kampfmittel auf stadteigenen Flächen im Bereich ehemaliger Exerzierplatz	0 €	-120.000 €	-120.000 €	Abstimmung HFGA am 16.01.2013 einstimmig / mit ... gegen ... Stimmen
EB.3.	5739	2. Nachmeldung zum Abstimmungsskript vom 10.12.2012	EB 77: Zuschusserhöhung EB77 nach Neuberechnung Verwaltungskostenerstattung (Umsetzung einer Beanstandung des BKPV); korrespondiert mit HH.35. Durch Neufestsetzung der Straßenreinigungsgebühren (Stadtrat vom 25.10.2012, Vorlage 30-R/065/2012) reduziert sich der im Verw.entwurf veranschlagte städtische Eigenanteil, dadurch Reduzierung des Verlustausgleichs EB77.		-6.300 € 34.600 €	28.300 €	Abstimmung HFGA einstimmig / mit ... gegen ... Stimmen
HH.34.	1111 bis 1117	2. Nachmeldung zum Abstimmungsskript vom 10.12.2012	Verwaltung: Reduzierung Einnahmeansatz Verwaltungskostenbeiträge EB77 nach Neuberechnung (Umsetzung einer Beanstandung des BKPV) bisheriger Ansatz: 850.300 EUR, neuer Ansatz 788.900 EUR	-61.400 €	0 €	-61.400 €	Abstimmung HFGA einstimmig / mit ... gegen ... Stimmen
HH.35.	1111 bis 1117	2. Nachmeldung zum Abstimmungsskript vom 10.12.2012	Verwaltung: Höhere Einnahme aus Verwaltungskostenerstattung EBE nach Neuberechnung (Umsetzung einer Beanstandung des BKPV) bisheriger Ansatz : 373.200 EUR, neuer Ansatz: 417.000 EUR	43.800 €	0 €	43.800 €	Abstimmung HFGA einstimmig / mit ... gegen ... Stimmen

12/21

Nachmeldeliste zum Abstimmungsskript Haushaltsentwurf 2013

--- nicht investiv ---

Amt lfd. Nr.	Produkt / Sachkonto (soweit bekannt)	Nr. des Änderungsantrags (wird von Amt 13 vergeben)		Ertrag Mehrerträge (+) Mindererträge (-)	Aufwand Einsparung (+) Mehraufwand (-)	Haushaltsverbesserung (+) oder Haushaltsverschlechterung (-)	Abstimmung Fachausschuß
HH.36.	5471 SK 451101	2. Nachmeldung zum Abstimmungsskript vom 10.12.2012	Verwaltung: Konzessionsabgabe EStW (Meldung vom 10.12.2012): 6.402.000 EUR Planansatz im Verw.-entwurf = 6.473.000 EUR	71.000 €	0 €	71.000 €	Abstimmung HFGA einstimmig / mit ... gegen ... Stimmen
HH.37.	1111	2. Nachmeldung zum Abstimmungsskript vom 10.12.2012	Fraktionszuwendungen StR 13-2/261/2013: Die Ausschussgemeinschaft ödp/FWG erhält ab 1. Januar 2013 statt Zuschüssen für Einzelstadträte den Zuschuss für Fraktionen. Dadurch entsteht ein Mehrbedarf in Höhe von etwa 4.000 Euro im Jahr 2013. Die Mittel sind nicht im Haushalt veranschlagt.	0 €	-4.000 €	-4.000 €	Abstimmung HFGA einstimmig / mit ... gegen ... Stimmen

Ende

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:
Ref. V

Verantwortliche/r:

Vorlagennummer:
V/017/2013

Umsetzung Inklusion Antrag zum Haushalt 2013 zum SPD-Fraktionsantrag Nr. 180/2012 vom 27.11.2012

Beratungsfolge	Termin	N/Ö	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	15.01.2013	Ö	Kenntnisnahme	
Sozial- und Gesundheitsausschuss	15.01.2013	Ö	Kenntnisnahme	
Haupt-, Finanz- und Personalaus-schuss	16.01.2013	Ö	Kenntnisnahme	
Jugendhilfeausschuss	17.01.2013	Ö	Kenntnisnahme	
Stadtrat	07.02.2013	Ö	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen

BMIII, Amt 42, Amt 50, Amt 37, Amt 51, Amt 44, Amt 43, Amt 30, Amt 40, Abt. 451, Amt 13, Amt 41, Kulturprojektbüro, Amt 11

I. Kenntnisnahme

Die Informationen der beteiligten Dienststellen dienen zur Kenntnis.

Der SPD-Fraktionsantrag Nr. 180/2012 vom 27.11.2012 gilt somit als bearbeitet.

Die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention bleibt Querschnittsaufgabe. Die Verwaltung wird mit der neu zu besetzenden Stelle „Aktion Mensch“ frühstmöglich Kontakt aufnehmen.

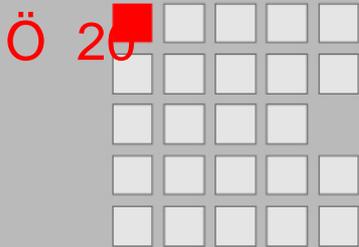
II. Sachbericht

siehe Anlagen

Anlagen: SPD-Fraktionsantrag Nr. 180/2012 vom 27.11.2012
Stellungnahmen der beteiligten Dienststellen

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang



Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 27.11.2012
Antragsnr.: 180/2012
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: V/Fr. Dr. Preuß
mit Referat: alle Ref., OBM/ZV/11

**SPD Fraktion
im Stadtrat Erlangen**

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathaus
91052 Erlangen

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Geschäftsstelle im Rathaus,
1. Stock, Zimmer 105 und 105a
Telefon 09131 862225
Telefax 09131 862181
e-Mail spd@erlangen.de
www.spd-fraktion-erlangen.de

Umsetzung Inklusion Antrag zum Haushalt 2013

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention ist eine Querschnittsaufgabe aller Fachbereiche. In den bisherigen Gremienberatungen wurde vereinbart, dass in allen Arbeitsprogrammen mindestens ein konkretes Ziel bzw. weitere konkrete Ziele benannt werden sollen, die in 2012 verbindlich umgesetzt werden können.

Wir beantragen, Seitens der Stadtspitze, insbesondere der für Inklusion zuständigen Bürgermeisterin, der Referatsleitungen und der Geschäftsführungen der Tochterunternehmen sicher zu stellen, dass rechtzeitig vor Beginn der Fachausschussberatungen ergänzende schriftliche Vorlagen eingebracht werden.

Für das Arbeitsprogramm des Personalamtes beantragen wir, dass im nächsten Jahr möglichst bald nach der Besetzung der von der Aktion Mensch mitfinanzierten Stelle bei ACCESS ein Konzept zur weiteren Öffnung der Stadtverwaltung als Arbeitgeberin für Menschen mit allen Behinderungsarten, die eine Erwerbstätigkeit ermöglichen, vorgelegt wird.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Florian Janik
Fraktionsvorsitzender

f.d.R. Saskia Coerlin
Geschäftsführerin der SPD-Fraktion

Datum
26.11.2012

AnsprechpartnerIn
Saskia Coerlin

Durchwahl
09131 862225

Seite
1 von 1

Stellungnahmen der einzelnen Dienststellen zum SPD-Fraktionsantrag Nr. 180/2012 vom 27.11.2012

BM III:

- Leitung des Runden Tisches "Inklusion". Hier soll in Zusammenarbeit mit Bildungsträgern, Schulen, Interessensverbänden, Betroffenen etc ein "Erlanger Weg" zur Umsetzung von Inklusion im Bereich Bildung erarbeitet werden.
 - Gespräche mit verschiedensten Organisationen und Verbänden, z.B. Forum für Menschen mit Behinderung, Access, ZSL etc. Mitarbeit bei strategischen Gesprächen zur Arbeitsplatzbeschreibung der bei "Aktion Mensch" beantragten Stelle.
 - Darstellung der Inklusion im Bildungsrat
- Ziel als InklusionsBürgermeisterin ist es
- zu verdeutlichen, dass die Behindertenrechtskonvention 50 Paragraphen umfasst, d.h. alle Lebensbereiche und somit auch alle Bereiche von Politik und Verwaltung betrifft.
 - Kontakt zu halten zu den Ämtern, zum Städtetat etc und zu NGOs incl der betroffenen Bürger
 - Fachkenntnisse anzueignen

Amt 42:

Menschen mit (leichter) geistiger Behinderung besuchen selten die Bibliothek, obwohl sie sich selbstständig in der Stadt bewegen können. Die Bibliothek hat auch für diese Zielgruppe Medien anzubieten – beispielsweise CDs, Filme, Bildbände zu verschiedensten Themen – und der Zugang zu den Medien ist unbürokratisch. Das Haus steht für alle offen.

1. Was wollen wir im nächsten Jahr erreichen?

Die Stadtbibliothek möchte sich als Ort etablieren, in dem sich Menschen auch mit geistiger Behinderung gerne aufhalten und ihn für sich entdecken und nutzen können. Dies wäre für die Menschen ein weiterer Schritt in die Selbstständigkeit.

2. Was wollen wir dafür tun?

- Konzept für eine Führung erarbeiten und mit Gruppen ausprobieren
- Evaluation der Führungen: Wie kommen die Führungen selbst an? Wie viele Menschen kommen nach der Führung selbstständig oder zunächst mit Betreuer und dann selbstständig wieder?
- kleinen Bestand anschaffen an „Leicht-zu-Lesen-Büchern“, die u.a. auch Menschen zugute kommen, die beispielsweise einen Schlaganfall hatten (Nachfrage vorhanden).

3. Wie wollen wir das anpacken?

- Vertiefung der Kontakte mit der Lebenshilfe (bisher vorhanden in der Ausstellungs- und Veranstaltungsarbeit und in der Fahrbibliothek)
- Kontaktarbeit zu Wohngruppen / Betreuern
- Termine für die Führungen festlegen

4. Welche Ressourcen stehen dafür zur Verfügung bzw. werden benötigt?

Es stehen keine Ressourcen zur Verfügung.

- Sachmittel: 300 € für Anschaffung der „Leicht-zu-Lesen-Bücher“ => aus Etat
- geschätzte fünf Personalstunden / Woche für die Projektphase für die verantwortliche Mitarbeiterin (Leiterin der Abteilung „Zielgruppenspezifische Bibliotheksarbeit“): in der Projektphase aus dem Amtsbudget über Mehrstunden

Wir verweisen auf das Arbeitsprogramm 2013 der Stadtbibliothek

Amt 50:

Aktivitäten der Behindertenberatung/Behindertenbeauftragter:

Die **Umsetzung des „Arbeitsprogrammes Umsetzung des Behindertenrechtskonvention in Erlangen“** wird von der Behindertenberatung begleitet.

Das **Projekt Inklusion Erlangen in Stadt und Land** wird derzeit in Kooperation mit Access vorbereitet. Der städtische Behindertenbeauftragte unterstützt das Projekt in der Vorbereitungsgruppe. Das auf drei Jahre konzipierte Projekt wird vom Sozialamt mit 25 000.- € unterstützt. Der Start soll im Juni 2013 erfolgen.

Der Behindertenbeauftragte unterstützt die **Arbeit des kommunalen Netzwerks „Forum für Menschen mit einer Behinderung“** in Erlangen, dem 27 aktive Gruppen angehören.

Das Forum veranstaltet im Sommer 2013 den 7. **Aktionstag mit Sommerfest**. Die Organisation wird vom Behindertenbeauftragten mit getragen. Der Aktionstag beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit dem Aktionsprogramm „Inklusion“.

Die Behindertenberatung steht für **Beratung in den Sozialleistungsbereichen** für Menschen mit Behinderung zu Verfügung.

Städtische Baumaßnahmen und weitere **Baumaßnahmen öffentlicher Träger** werden mit den Bauämtern, den Bauherren und den Ausführenden abgestimmt. Die Wahrnehmung der Interessen der Menschen mit Behinderung bei den Baumaßnahmen erfolgt über die Beteiligung der Betroffenen selbst (Organisation über Behindertenberatung) oder Teilnahme der Behindertenberatung an den Koordinierungsterminen der Maßnahmen.

Für **Beratung bei privaten Baumaßnahmen** steht die Behindertenberatung zur Verfügung

Amt 37:

Was die Umsetzung Inklusion im Zusammenhang mit der Behindertenrechtskonvention anbelangt, stellt sich die Situation bei Amt 37 so dar, dass von der Einsatzbeamtin/ den Einsatzbeamten gewisse gesundheitliche Voraussetzungen erwartet werden, um den Einsatzdienst wahrnehmen zu können. In Absprache mit dem Personalamt haben wir bei den letzten Stellenausschreibungen den Zusatz im Zusammenhang mit der Bewerbung trotz eventueller Behinderungen herausgenommen, da es für Menschen auch verletzend sein kann, wenn sie in der Stellenausschreibung die Anforderungen (körperliche Fitness; Atemschutztauglichkeit etc.) lesen und gleichzeitig die Aufforderung zur Bewerbung angeführt ist. Sollte es bei einem bereits im Dienst befindlichen Kollegen/Kollegin zu einem gewissen Grad der Einschränkung kommen, so wurde und wird auch zukünftig versucht, innerhalb der Dienststelle (z.B. Funktion des Wachzentralisten) oder der Stadtverwaltung eine weitere Verwendung zu finden.

Im Zusammenhang mit der Umsetzung im Bereich der Integration versuchen wir unter anderem für unsere Freiwilligen Feuerwehren Aktive mit Migrationshintergrund zu gewinnen.

Amt 51:

- Arbeitsprogramm 2013

Inklusion: Projekt „Integrative Plätze in Kindertageseinrichtungen“

In der Novellierung des Bayerischen Kinderbildungs- und –betreuungsgesetz (BayKi-BiG) wird u. a. auch der Bereich integrative Einzelplätze in Kindertageseinrichtungen modifiziert werden. Der Gesetzgeber verfolgt hier das Ziel, dass im Rahmen der Inklusion eine wohnraumnahe Versorgung mit ausreichenden Plätzen sicher gestellt wird. Gleichzeitig werden die Rahmenbedingungen für die Gewährung und die Abrechnung verändert. Hier hat die Kommune zukünftig, neben ihrem Anteil am Basiswert, zusätzliche finanzielle Unterstützung sicher zu stellen.

Das Jugendamt hat dazu das Projekt „Integrative Plätze in Kindertageseinrichtungen“ initiiert. In 2013 wird ein fachliches Konzept zur Inklusion in Kindertageseinrichtungen erarbeitet. Ebenso sind die Voraussetzungen für integrative Plätze gem. BayKiBiG zu klären.

- Die Aufnahme und Förderung von seelisch behinderten Kindern ist fester Bestandteil des Konzeptes der Spiel- und Lernstuben. Mehrere Mitarbeiter/innen haben – z. T. in ihrer Freizeit und auf eigene Kosten - spezielle Weiterbildungen absolviert.
- Das Jugendamt arbeitet in der AG Inklusion mit.
- Die Jugend- und Familienberatungsstelle wird – sobald die neu geschaffene Stelle besetzt ist – ein spezielles Beratungsangebot für türkisch sprechende Mitbürger/innen anbieten.

Amt 44:

Im Arbeitsprogramm von Amt 44 ist mit den Zugangsvoraussetzungen für körperlich Eingeschränkte in das Foyer-Cafe des Markgrafentheaters bereits eine inhaltliche Aufgabe für 2013 genannt. Deren Umsetzung hängt stark von der Bereitstellung von Haushaltsmitteln ab.

Weiterhin wird 2013 die Induktionsanlage des Markgrafentheaters nochmals justiert, damit das Funktionieren bei Vorstellungen sichergestellt ist.

Im Rahmen der 4.jet-TAGE am Theater Erlangen kooperiert das Theater Erlangen mit der Lebenshilfe innerhalb des integrativen Mehrgenerationentheaterprojekt ERLANGER.

8 Damen unterschiedlichen Alters, darunter 3 von der Lebenshilfe betreuten Spielerinnen, finden sich in diesem Projekt zusammen.

Wir experimentieren spielerisch mit Körper und Stimme zum Thema Zukunft.

Dieses Projekt gipfelt am 8.3.2013 in einer Workshoppräsentation (DIE ERLANGER

PRÄSENTIEREN: ZUKUNFT: MENSCH), das heißt innerhalb dieses in eine Geschichte gepackten Workshops präsentieren wir den Teilnehmern unsere Ergebnisse, indem wir den Workshopteilnehmern die von uns seit September ausprobierten theaterpädagogischen Spiele beibringen.

In der Kostümabteilung/Schneiderei waren in der letzten Zeit Praktikantinnen aus der Kinderpsychiatrie eingesetzt.

Diese waren 2-3 Wochen da.

Es gibt also Erfahrungen mit diesem Thema. Die Betreuung war anstrengend und zeitintensiv, hat aber allen Beteiligten etwas gebracht.

Weitere Praktikanten aus diesem Bereich könnte sich die Leitung dort unter bestimmten Voraussetzungen vorstellen. Es müsste u. a. sichergestellt sein, dass der Betreuungsaufwand durch den Einsatz von Aushilfen kompensiert wird. Das heißt es müsste über einen finanziellen Ausgleich für den Betreuungsaufwand gesprochen werden.

Amt 43:

Inklusion: Angebote der vhs Erlangen für Menschen mit Behinderung

Inklusive Angebote für Menschen mit psychischer und körperlicher Behinderung.

Die vhs Erlangen setzt sich für die Belange von Menschen mit Behinderungen ein. So bietet sie gemeinsam mit wabene, dem Zentrum für Begegnungen psychisch Kranker und dem ZSL, dem Zentrum für selbstbestimmtes Leben Behinderter e.V., unter dem Motto „Gemeinsam Erlangen – Bildung für Inklusion“ Vorträge, Kurse, Filme, Lesungen und ein Tanzcafé für alle an zu sozial verträglichen Entgelten und barrierefrei an.

Gebärdensprache als Kurs und zur Übersetzung für vhs-Vorträge und –kurse für gehörlose Menschen

In Absprache mit dem Erlanger Gebärdentreff, dem gehörlosen Kursleitungsteam der vhs-Kurse "Deutschen Gebärdensprache" (DGS) und einer Kommunikationsassistentin werden im Sommersemester 2013 auch erstmals Vorträge mit Übersetzung in die Deutsche Gebärdensprache angeboten. Die gebärdenden Hände als Erkennungs-Symbol weisen im Programmheft auf diese besonderen Abendveranstaltungen hin. Immer mehr wird die vhs auch Treffpunkt für Gehörlose und alle, die sich für den Erwerb der Deutschen Gebärdensprache interessieren - zusätzlich zum Austausch nach Kurssende im vhs-Bistro.

Angebote für Menschen mit Behinderung in Kooperation mit der Lebenshilfe e.V.

Die vhs Erlangen bietet 2 Kurse in Kooperation mit der Lebenshilfe, in der Anderlohrstr. 31 an und 16 Kurse in Kooperation mit der Lebenshilfe in den Regnitz-Werkstätten, Goerdelerstr. 3. an. Insgesamt nehmen daran ca. 120 Personen mit überwiegend geistigen Behinderungen teil.

Deutsche Gebärdensprache (DGS)

Im Sommersemester 2012 fanden 4 Kurse mit insgesamt 41 Teilnehmer/innen statt. Im Wintersemester 2012/13 liegen für die 4 Kurse derzeit 29 Anmeldungen vor; der Anfängerkurs ist mit 12 TN voll belegt und führt 3 TN auf der Warteliste. Leider musste der DGS II-Kurs mit nur 4 Anmeldungen abgesagt werden. Als sehr beständig stellen sich hingegen die Fortgeschrittenen-Kursen heraus, die inzwischen auf hohem Niveau kommunizieren.

Inklusion in der beruflichen Weiterbildung

Für Rollstuhlfahrer/innen ist der EDV-Raum1 gut geeignet und über eine Rampe zu erreichen. In einem Kurs „Umstieg auf den Mac“ werden zwei gehörlose Damen teilnehmen. Die vhs hat ihnen eine Gebärdendolmetscherin angeboten.

Barrierefreie Toilette

Im vhs-Unterrichtsgebäude im Egloffstein'schen Palais wurde für Rollstuhlfahrer/innen eine geeignete Toilette eingebaut.

Fortbildung zum Thema Inklusion

Michael Galle-Bammes Leiter der Programmbereiche "Barrierefrei Lernen" (Angebote für behinderte und nichtbehinderte Menschen) und "Kompetenzen für das Alter" am Bildungszentrum im Bildungscampus der Stadt Nürnberg bietet eine Fortbildung an der vhs Erlangen an. Sie richtet sich an Kursleiter/innen in der Erwachsenenbildung, politische Entscheidungsträger/innen, behinderte Menschen, im Behindertenbereich Tätige und Angehörige und befasst sich mit dem Thema „Inklusive Erwachsenenbildung - die Vielfalt als Chance? - Kurse mit behinderten und nichtbehinderten Menschen leiten“.

Induktionsschleife im Großen Saal, Friedrichstr. 19 für schwerhörige Teilnehmer/innen

Amt 30:

Amt 30 hat überwiegend Pflichtaufgaben zu erledigen bzw. die Fachbereiche zu beraten und Statistiken zu erheben. In diesen Bereichen besteht keine Möglichkeit für die Benennung von konkreten Zielen für die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention. Dass hier alle Menschen, gleichviel ob mit oder ohne Behinderung, gleichbehandelt werden, versteht sich - nach unserem Verständnis - von selbst.

Wir bemühen uns aber, Stellen in Amt 30 mit Menschen mit Behinderungen zu besetzen. So haben wir sowohl in der Rechtsabteilung, als auch in der Statistikabteilung schwerbehinderte Kolleginnen/Kollegen beschäftigt und bemühen uns, diesen ihren Arbeitsplatz auch entsprechend zu gestalten und Rücksicht zu nehmen.

Amt 40:

Weitere Bearbeitung des SPD-Antrags Nr. 112/2010 zur Inklusion im Schulbereich; Zusammenarbeit mit den Schulen im Rahmen der Sachaufwandsträgerschaft.

Abt. 451:

Die für die öffentliche Benutzung bestimmten Räume im neuen Stadtarchiv in der Luitpoldstr. 47 sind komplett barrierefrei zugänglich. Behindertenparkplatz und -toilette sind vorhanden. Für 2013 ist die Nachrüstung des Lesesaals mit einer Induktionsanlage vorgesehen.

Amt 13:

Für den Bereich des Bürgermeister- und Presseamtes ist zunächst festzustellen, dass die Thematik „Inklusion“ als Querschnittsaufgabe ohne besondere Benennung im Arbeitsprogramm mit bedacht wird.

Zum o. g. Fraktionsantrag können jedoch folgende Punkte benannt werden:

1. Initiative Bildungsregion: Im Rahmen der Auftaktveranstaltung (1. Dialogforum) wurde festgelegt, dass der Bereich „Inklusion“ einen Themenschwerpunkt darstellt – hierzu gehört insbesondere die von den Bürgermeisterinnen Aßmus und Dr. Preuß geleitete AG Inklusion.
2. Inklusions-Arbeitsplatz: Im SG 13-4 lief bereits 2012 ein leider negativ verlaufener Test für einen stundenweisen Einsatz. Amt 13 wird weiter daran festhalten, im Rahmen der Inklusion eine geeignete Einsatzmöglichkeit zu schaffen (evtl. auch aus Budgetmitteln).

Amt 41:

Das Kunstpalais veranstaltet im Rahmen der Ausstellung *Peter Land: Absolute Perfection* eine Podiumsdiskussion (7.2.2013) zum Thema *Diversity / Interkulturelle Bildung in der Schule*. Halit Öztürk informiert über den aktuellen Forschungsstand zu interkultureller Bildung und Aspekten von Diversity. Hatice Tanirgan-Lutz berichtet über das bayerische Netzwerk für Lehrkräfte mit Migrationshintergrund (LEMI) und ihre Praxis als Realschullehrerin. Gunther Moll erörtert das Thema Kinderrechte an Schulen aus Sicht seiner Profession als Kinderpsychiater. Eckart Liebau, Experte für Fragen kultureller Bildung und Inhaber des Lehrstuhls für Pädagogik II an der FAU Erlangen-Nürnberg, wird das Gespräch moderieren.

Kulturführer in leichter Sprache: Wie bereits in München 2012 konzipiert wird die Abteilung Soziokulturelle Stadtteilarbeit / Kulturförderung einen „Kulturführer in leichter Sprache“ auch für Erlangen initiieren. Dieser ist so verfasst und gestaltet, dass er Menschen mit geringen sprachlichen Fähigkeiten in die Lage versetzen soll, selbständig städtische und städtisch geförderte Kultureinrichtungen zu besuchen und deren Angebote wahr zu nehmen.

Kulturprojektbüro:

Im Arbeitsprogramm 2013 des Kulturprojektbüros sind konkrete Ziele/Maßnahmen im Bezug auf Inklusion nicht explizit aufgeführt. In der Vorlage von Ref. IV - KFA vom 09.11.2011 "Anfrage von StRin Pfister: Inklusion - Umsetzung der UN Behindertenkonvention der Stadt Erlangen: hier Kulturfachämter" sind jedoch bestehende Maßnahmen sowie geplante Maßnahmen, die allerdings zusätzlicher Ressourcen bedürfen, umfassend beschrieben.

In 2013 werden ohne zusätzlich benötigte Mittel folgende Maßnahmen fortgeführt bzw. erstmalig umgesetzt:

- 47/KPB wird ab 2013 Hinweise zur Barrierefreiheit der Veranstaltungsorte in den Drucksachen und auf den Websites der Großveranstaltungen publizieren.
- 47/KPB wird im Laufe des Jahres 2013 versuchsweise Erlanger Altenheimen Fahrdienste zu Lesungen der Reihe "seitensprünge" anbieten.
- Weiterhin wird 47/KPB auch bei der inhaltlichen Programmgestaltung Aspekte der Inklusion berücksichtigen.

Amt 11:

Der letzte Absatz des SPD-Fraktionsantrages Nr. 180/2012 vom 27.11.2012 betrifft das Arbeitsprogramm 2013 des Personal- und Organisationsamtes.

Das Personal- und Organisationsamt ist mit der Ergänzung seines Arbeitsprogramms 2013 um diesen Aspekt einverstanden.

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente	
Tischauflagen -öffentlich-	1
Vorlagendokumente	
TOP Ö 9 Veränderung der Ausschussbesetzung durch	
Beschlussvorlage 13-2/261/2013	2
Dringlichkeitsantrag Nr. 003/2013 der GL-Fraktion "Änderung der Aussch	6
Berechnung Ausschüsse Jarosch Grille Heinze 13-2/261/2013	8
TOP Ö 11 Verlegung Obdachlosentreff Heuwaagstraße - Dringlichkeitsanträge der F	
PV Verlegung Obdachlosentreff SGA 15.01.2012 241/061/2012	10
TOP Ö 18.3 Anträge zum Ergebnishaushalt seit dem 10.12.2012	
Nachmeldung Anmeldeskript 10.12.2012 II/200/2013	12
TOP Ö 20 Umsetzung Inklusion Antrag zum Haushalt 2013	
Mitteilung zur Kenntnis V/017/2013	14
SPD-Fraktionsantrag Nr. 180/2012 vom 27.11.2012 V/017/2013	15
Stellungnahmen der beteiligten Dienststellen V/017/2013	16
Inhaltsverzeichnis	22